



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND
UMWELT

am Donnerstag, 18.05.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Goethe Gymnasium, Seestraße 37 Vorl.Nr. 171/17
Vergaben
- Schreinerarbeiten - Pinnwände, Garderoben,
Geländerfüllungen
- Lose Möbel

Beschluss:

1. Folgenden Vergaben für die Generalsanierung der Schulgebäude Seestraße 37 und
Alleestraße 30 wird zugestimmt.

Folgende Vergaben liegen innerhalb der Zuständigkeit des Ausschuss Bauen Technik Umwelt:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe Inklusive 19% MwSt. Auftragssumme + ca. 15%
1.1	Schreinerarbeiten – Pinnwände, Garderoben, Geländerfüllungen	Schreinerei Burgbacher GmbH Am Tann 15 75328 Schömburg	250.000,00 EUR
1.2	Lose Möblierung	VS Vereinigte Spezialmöbelfabriken GmbH&Co.KG Hochhäuser Straße 8 97941 Tauberbischofsheim	360.000,00 EUR (Auftragssumme + ca. 8 %)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Braumann
 Stadträtin Burkhardt
 Stadtrat Gericke
 Stadträtin Dr. Knoß
 Stadtrat T. Lutz
 Stadträtin Steinwand- Hebenstreit
 Stadtrat Remmele

TOP 1

Goethe Gymnasium, Seestraße 37
Vergaben
- Schreinerarbeiten - Pinnwände, Garderoben,
Geländerfüllungen
- Lose Möbel

Vorl.Nr. 171/17

Beratungsverlauf:

BM Ilk eröffnet die Sitzung und ruft TOP 1 auf.

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt BM Ilk über die Vorlage abstimmen.

TOP 2

Kleingartenanlage und öffentliche Grünflächen am
Römerhügel
- Vergabe der Bauleistungen
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 156/17

Beschlussempfehlung:

1. Die Firma Link Garten- und Landschaftsbau GmbH, Senefelderstraße 3, 70736 Fellbach erhält auf der Grundlage des Angebots vom 18.04.2017 den Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Arbeiten zur Herstellung der Kleingartenanlage und der öffentlichen Grünflächen am Römerhügel.

Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt:

Angebotssumme (brutto)	2.276.530,81 €
Zzgl. Unvorhergesehenes (ca. 10 %)	227.669,19 €
<hr/> Vergabesumme (brutto)	<hr/> 2.504.200,00 €

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% überschritten werden.

2. Die überplanmäßige Ausgabe i. H. v. 1.465.000,- € wird genehmigt. Die Deckung erfolgt über die Bildung von Ermächtigungsüberträgen aus dem Jahr 2016 nach 2017 (s. finanzielle Auswirkungen).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Beschlussempfehlung wird mit 13 Ja- Stimmen, 1 Nein- Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat T. Lutz

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft TOP 2 auf. Grundsätzlich sehe er keinen Bedarf eines weiteren Sachvortrages, wolle aber noch Informationen weitergeben. Am 1. Juni sei der Spatenstich, obwohl das baurechtliche Verfahren noch nicht komplett abgeschlossen sei. Man bebaue genehmigungsfreie Flächen, sowie Flächen für die eine Baugenehmigung erforderlich sei. Um ein zügiges Vorankommen zu ermöglichen, werde man mit der genehmigungsfreien Fläche anfangen.

Frau Schmidtgen (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert das Vorgehen. Bei der baurechtlichen Maßnahme gehe es um die Errichtung der Stellplätze. Hierfür benötige man eine Baugenehmigung. Soweit das Verfahren abgeschlossen sei, würden die Stellplätze mit dem Vereinsheim angelegt. Die Kleingartenanlage sei von diesem Verfahren frei.

Stadtrat Juranek stellt eine Frage zur Finanzierung. Die Überträge seien detailliert nachgewiesen. Warum werden die aktuellen Beträge nicht eingearbeitet, da die Vergabe günstiger sei als erwartet. Die Gesamtfinanzierung sei um eine halbe Million entlastet.

Stadtrat Link will wissen, welche Maßnahmen, insbesondere der Fundamente, Straßen, geplant seien. Zudem habe er gehört, dass die Häuser Flachdächer erhalten sollen und wolle wissen, ob dies stimme.

Frau Schmidtgen teilt mit, dass die Basis die Gesamtkosten aus dem Entwurfs-/ Baubeschlusses seien. Man habe glücklicherweise günstigere Preise erzielen können. Die Finanzierung müsse gegeben sein.

BM Ilk teilt mit, dass es für die Häuschen einen Zuschuss gebe. Die Fundamente seien nicht enthalten. Wasser werde gelegt.

Stadträtin Dr. Knoß fragt, ob die Kleingärtner mehr Zeit für den Umzug erhalten können, da auf dem ehemaligen Gelände vorerst keine Maßnahmen erfolgen. Man könne dann ohne Zwischenlagerung umziehen.

Stadtrat Braumann sei auf einen Parzellenplan angesprochen worden und wolle wissen, ob ein solcher bereits erstellt worden sei.

Stadträtin Burkhardt will wissen, ob und wo am Römerhügel eine Solaranlage geplant sei.

BM Ilk teilt mit, dass man grundsätzlich am Zeitplan festhalten wolle, aber momentan der Zeitdruck etwas genommen sei. Die freiwerdende Fläche sei sehr attraktiv. Das Vereinsheim werde ein Flachdach erhalten und müsse begrünt werden. Die Verwaltung wünsche sich bei einzelnen Hütten ein einheitliches Aussehen. Er persönlich bevorzuge Flachdächer. Soweit sich die Mehrheit der Kleingärtner für Flachdächer ausspreche, könne dies so erfolgen. Die geplante Solaranlage sei östlich vom Wasserturm und könne wegen Altlasten nicht anderweitig genutzt werden.

Frau Schmidtgen teilt mit, dass mit den Kleingärtnern ein Treffen geplant sei. Hier können Wünsche zur Parzelle geäußert werden. Dies erfolge in Abstimmung mit dem Verein.

Stadtrat Remmele will wissen, wieviel Toiletten auf der Anlage errichtet werden.

BM Ilk teilt hierzu mit, dass im Vereinsheim Toilettenanlagen integriert werden sollen. Solange

das
TOP 2

Kleingartenanlage und öffentliche Grünflächen am
Römerhügel
- Vergabe der Bauleistungen
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 156/17

Vereinsheim noch nicht stehe, werden provisorisch Toiletten aufgestellt.

Im Anschluss lässt BM Ilk über die Vorlage abstimmen.

TOP 3

Erweiterung Parkplatz Lembergschule, Kinder- und
Familienzentrum und Kelter
- Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 168/17

Beschluss:

Vergabebeschluss

Die Bietergemeinschaft Klöpfer GmbH + Co. KG und Gustav Epple GmbH + Co. KG erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 11.04.2017 den Auftrag, die Erweiterung des Parkplatzes Lemberg-schule durchzuführen.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	126.991,87 €
+ Unvorhergesehenes ca. 8,7 %	<u>11.008,13 €</u>
Vergabesumme	<u>138.000,00 €</u> (brutto)

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat T. Lutz

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht ist, lässt BM Ilk über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Vergabebeschluss

Die Firma Lutz Krieg GmbH erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 04.04.2017 den Auftrag die Straßenbauarbeiten im BG südlich Tammer Straße durchzuführen.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	738.266,15 €
+ Unvorhergesehenes ca.6,3 %	<u>46.733,85 €</u>
Vergabesumme	<u>785.000,00 € (brutto)</u>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat T. Lutz

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft TOP 4 auf und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin Dr. Knoß teilt mit, dass Anwohnerggespräche stattgefunden hätten. Sie selbst habe sich die Gegend angeschaut. Sie habe Grundstücke gesehen, die zum Großteil asphaltiert seien. Nachdem der Bebauungsplan genaue Vorgaben mache, bitte sie um Prüfung der Einhaltung. Zudem weise sie auf das Parkverhalten am Staren-/ Falkenweg hin, nachdem freie Stellplätze auf dem Parkplatz vorhanden waren. Sie bittet um Kontrolle.

Den aktuellen Stand der Nachbargespräche im Bereich des Meisenweges wolle Stadtrat Juraneck wissen.

Stadträtin Burkhardt merkt an, dass die erste Planung aus dem Jahre 2008 sei. In dieser Planung sei die Tammerstraße begrünt. Dies solle nicht gestrichen werden. Im Sachzusammenhang mit der Vorlage, wolle Stadträtin Burkhardt einen Antrag stellen. Der schriftliche Antrag wird direkt an BM Ilk übergeben. Die alleinartige Begrünung solle realisiert werden. Die Finanzierung dieser Begrünung solle aus nicht verwendeten Mitteln des Fachbereiches Tiefbau erfolgen. Sie hoffe, dass dieser Antrag nicht verschwinde, so wie dies bei ihrem Antrag zur Bahnlinie geschehen sei.

Stadtrat Link interessiert sich, ob der Fußweg ausgebaut werde.

BM Ilk geht auf die offenen Fragen ein. Er merkt an, dass die Anliegerversammlung stattgefunden habe, bei der er aufgrund Terminüberschneidungen nicht persönlich dabei gewesen sei. Hier könne öffentlich baurechtliche Verstöße einzelner nicht angesprochen werden. Einzelne Gespräche seien terminiert.

Weiter geht Frau Schmidtgen (FB Tiefbau und Grünflächen) auf die offenen Fragen ein. Sie werde den kommunalen Ordnungsdienst bezüglich der Parksituation informieren. Die Tammerstraße sei im Haushalt 2020 angemeldet. Sie hoffe auf einen schönen Ausbau. Die Haushaltsreste aus 2016 für Baumpflanzungen hier zu verwenden, mache keinen Sinn. Der Ausbau bis Kreuzung Drosselweg sei vorgesehen. Eine kurzzeitige Lösung für den Ausbau des unteren Bereiches sei in Abstimmung. Ein endgültiger Belagseinbau sei 2021.

Im Anschluss lässt BM Ilk über die Vorlage abstimmen.

Stadträtin Burkhardt merkt an, dass sie nur „mit Bäumen „ zustimmen könne.

BM Ilk stellt ein einstimmiges Abstimmungsergebnis fest.

Geänderte Beschlussempfehlung:

1. Den in ANLAGE 1 vorgeschlagenen Einstufungen einzelner Infrastrukturmaßnahmen des Regionalverkehrsplanentwurfs wird zugestimmt.
2. Der in ANLAGE 2 vorgeschlagenen Bewertung der weiteren ordnungspolitischen und sonstigen mobilitätsbeeinflussenden Maßnahmenkonzepte wird zugestimmt.
3. Die Bewertungen werden dem Verband Region Stuttgart offiziell als Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg im Rahmen des laufenden Beteiligungsverfahrens zugeleitet.

Mit der Maßgabe der Einarbeitung der Änderungen in Anlage 1 und 2

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Abstimmungsergebnisse sind dem Beratungsverlauf zu entnehmen.

Die geänderte Beschlussempfehlung wird zum Teil getrennt gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM Ilk erinnert, dass dieses Thema aufgrund weiteren Diskussionsbedarfs in einer vergangenen Sitzung vertagt worden sei. Das Gremium wurde aufgefordert, ihre Wünsche und Anregungen einzureichen. Diese Anregungen seien in dem ausgelegten Papier zusammengestellt worden. Die Unterlagen seien von der Geschäftsstelle an die Gremiumsmitglieder und die Presse ausgeteilt worden. Die Auslage werde diesem Protokoll beigelegt. Zu den Punkten mit einem gewissen Dissens werde separat eingegangen und abgestimmt. Die weiteren Punkte werden en bloc abgestimmt. Heute gehe es lediglich um die Bewertungseinstufung. BM Ilk geht auf die fünf Klassifizierungsmöglichkeiten ein. Das Gremium zeigt sich mit der Vorgehensweise einverstanden.

1.) S 3

BM Ilk geht auf die Maßnahme M 36 (Stadtbahn Ludwigsburg) ein und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Gericke könne mit der Begründung aus dem Text der SPD Fraktion mitgehen. Der Bewertung der Region müsse zugestimmt werden. Das Wort „Prinzip“ solle gestrichen werden.

Stadträtin Liepins merkt an, dass das Wort „Prinzip“ gestrichen werden könne. Der Doppelstrategie sei nur gehemmt zugestimmt worden. Sie sei sich sicher, dass man sich auf ein System einigen müsse und von der Doppelstrategie lösen.

Stadtrat Noz sehe die Untersuchung beider Systeme als wichtig. Das System mit der schnellsten Realisierung sei umzusetzen.

Ebenso eine schnelle Handlung wünsche sich Stadtrat Rothacker. Die schnellste Realisierung solle vorangetrieben werden. Er sehe dies in der Reaktivierung der Strecke Markgröningen-Ludwigsburg.

Stadtrat Gericke zieht seinen Antrag zurück.

BM Ilk lässt über die Maßnahme 36 wie der Antrag der SPD Fraktion aber ohne „im Prinzip“ abstimmen. Die geänderte Beschlussempfehlung wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

2.) S 4

Weiter ruft BM Ilk die Maßnahme M 338 (Nord- Ost- Ring) auf und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Gericke teilt mit, dass eine Weiterverfolgung nicht empfohlen werde. Die Einstufung der höchsten Dringlichkeit könne nicht gesehen werden. Die Maßnahme sei absolut entbehrlich.

Stadtrat Noz halte die Maßnahme zur Verflüssigung des Verkehrs und zur Luftreinhaltung für wichtig. Zur Entlastung fordere er den Nord- Ost- Ring.

Die Chance der Realisierung dieser Maßnahme sehe Stadtrat Juranek aufgrund der kontroversen Diskussionen als nicht gut. Dem Nord- Ost- Ring könne er zustimmen. Die Wohnungen an der Friedrichstrasse müssen entlastet werden. Er gehe davon aus, dass die Umfahrung umweltverträglich gebaut werden könne.

BM Ilk lässt über den Antrag der Grünen- Fraktion abstimmen.
Der Antrag wird mit 4 Ja- Stimmen, 10 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.
Danach lässt BM Ilk über den Verwaltungsvorschlag abstimmen. Dieser wird mit 10 Ja- Stimmen, 4 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

3.) S 5

BM Ilk ruft M 333 (A 81) auf und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Gericke begründet seinen Antrag. Die Einstufung der Region sei nachvollziehbar.

Stadtrat Noz sei grundsätzlich derselben Meinung wie die Region. Allerdings müsse die Trasse freigehalten werden, da eventuell das Güterverkehrszentrum Kornwestheim komme. Somit könne er dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Stadträtin Liepins merkt an, dass sie nicht für eine Verlegung sei. Die Trassenfreihaltung sei nicht schädlich. Sie wolle wissen, ob die Westrandstraße den Ausbau beeinträchtige.
Hierzu erwähnt Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung), dass die Westrandstraße vom RP genehmigt sei und jetzt ausgebaut werde. Der Autobahnknoten müsse auf die Westrandstraße reagieren.

BM Ilk lässt über den Antrag der Grünen Fraktion abstimmen. Dieser wird mit 3 Ja- Stimmen, 12 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend lässt BM Ilk über den Verwaltungsvorschlag abstimmen. Dieser wird mit 12 Ja- Stimmen, 3 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

4.) S 6

Weiter ruft BM Ilk die Maßnahme M 321 auf.

Stadtrat Gericke begründet den Antrag der Grünen Fraktion.

Stadträtin Liepins kann sich ihrem Vorredner anschließen. Die Brücke solle nur in Verbindung mit dem Nord- Ost- Ring gebaut werden.

BM Ilk lässt über den Antrag der Grünen- Fraktion abstimmen. Dieser Antrag wird mit 4 Ja- Stimmen, 10 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Danach lässt er über den Verwaltungsvorschlag mit der Ergänzung „Brücke kann nur in Verbindung mit dem Nord- Ost- Ring verwirklicht werden“ abstimmen. Dieser wird mit 11 Ja- Stimmen, 4 Nein- Stimmen und 0

vom 21.12.2016
- Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg im
Rahmen der Beteiligung der Kommunen und
Träger öffentlicher Belange
(Vorberatung)

Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

5.) S 7

Nachfolgend geht BM Ilk auf die diversen weiteren Anträge, ohne direkte Zuteilung einer Maßnahme ein.

a.) Antrag Grüne Fraktion

Stadtrat Gericke begründet den Antrag der Grünen- Fraktion bezüglich des Radschnellweges.

Stadtrat Noz will wissen, wie die Definition des Radschnellweges sei. Als sinnvoll sehe er grundsätzlich eine Radfernverbindung, sofern diese umgesetzt werden könne.

Hierzu merkt Stadtrat Gericke an, dass es diesbezüglich ein Regelwerk gebe. Die Breite sei zwischen 4-6 Meter. Er solle möglichst kreuzungsfrei und beschleunigt sein.

BM Ilk fügt hinzu, dass heute lediglich die Aufnahme in den Regionalverkehrsplan sei.

Der Aufnahme zustimmen könne Stadträtin Liepins. Im Detail müsse noch diskutiert werden.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit wolle ergänzend zu ihrer Vorrednerin anmerken, dass teilweise bereits ein Weg zwischen BreuningerLand und Bietigheim bestehe.

Stadtrat Noz könne grundsätzlich zustimmen. Er wolle aber keinesfalls eine Einschränkung der B 27. Er wolle den Zusatz, dass keine Einschränkung des Individualverkehrs auf der B 27 erfolge. Herr Kurt könne die Bedenken als unbegründet zurückweisen. Auf der B 27 werde es keine Einschränkungen geben.

Stadtrat Remmele sieht die Radroute entlang der B 27 als nicht sinnvoll.

Stadtrat Gericke merkt an, dass die Trasse nicht direkt an der B 27 verlaufen müsse.

Stadtrat Juranek sieht die Formulierung als zu eng. Er schlägt vor die Ergänzung „ zum Beispiel“ aufzunehmen.

BM Ilk stellt fest, dass die Stadträte Noz und Gericke mit der Ergänzung einverstanden seien und lässt über den Antrag abstimmen. Dieser wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

b.) Antrag LUBU

Stadträtin Burkhardt begründet ihren Antrag.

BM Ilk sieht die Anregung als gut.

Stadtrat Link sieht die Brücke in Eglosheim als Schwachstelle, auch in Verbindung mit dem Radverkehr. Er will wissen, wer der Eigentümer der Brücke sei.

TOP 5

Regionalverkehrsplan Region Stuttgart – Entwurf
vom 21.12.2016

Vorl.Nr. 158/17

- Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg im
Rahmen der Beteiligung der Kommunen und
Träger öffentlicher Belange
(Vorberatung)

Stadtrat Gericke fügt hinzu, dass die Trassenfreihaltung unter der Maßnahme M 34 aufgenommen sei. Die Maßnahme sehe er als sinnvoll, solle unterstützt und an den Regionalverband weitergeleitet werden.

Stadtrat Noz erinnert, dass die Verwaltung dies bereits vorgestellt habe.

Herr Kurt teilt mit, dass die Brücke eine Bahnbrücke sei.

BM Ilk lässt über den Antrag abstimmen. Dieser wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

c.) Anträge CDU Fraktion

Weiter ruft BM Ilk die Anregungen der CDU auf.

Favoritepark- Trasse

Stadtrat Noz begründet den Antrag. Eine Entlastung für Hoheneck, Freiberg, Eglosheim, sowie für die Stadt sehe er im Favoriteparktunnel. Die Untersuchung halte er für sinnvoll.

Diesem Antrag nicht zustimmen, könne Stadtrat Gericke. Er sei gespannt auf die Stellungnahme der Verwaltung. Er könne sich nicht vorstellen, wie dies finanziert werden solle. Eine Entlastung Eglosheims könne nur durch Ausbau der Alternativen erfolgen.

Stadträtin Liepins interessiere die Stellungnahme der Verwaltung ebenso. Die Verkehre am Heilbronner Tor müssen berücksichtigt werden. Sie befürchte, dass der Tunnel mehr Verkehr anziehe. Bevor diese Maßnahme ernsthaft in den Regionalverkehrsplan aufgenommen werde, müsse ein solches Großprojekt vorab diskutiert werden.

Stadtrat Remmele sieht den Tunnel als wichtig. Durch die jetzige Straßenführung sei die Stadt geteilt. Eventuelle Fördergelder seien zu klären.

Stadträtin Burkhardt merkt an, dass die Entlastungswirkung eines Tunnels stark überschätzt werde. Es gebe keine Verkehrsentlastung. Die Stadt brauche mehr Grünflächen. Sie bemängelt, dass es keine Gesamtverkehrsplanung gebe. Sie könne dem Favoriteparktunnel nicht zustimmen.

Stadtrat Noz fügt hinzu, dass in der Vergangenheit bereits eine Kostenermittlung erstellt worden sei. Zur Verkehrsentlastung gebe es ebenso Unterlagen. Es sollen lediglich Untersuchungen erfolgen.

BM Ilk lenkt ein. Er sehe die Diskussion zu sehr im Detail. Heute gehe es lediglich um die Aufnahme in den Regionalverkehrsplan. Detailplanungen werden zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert. Er lege denselben Maßstab wie bei den anderen Maßnahmen an.

Stadträtin Liepins und Stadträtin Steinwand- Hebenstreit befürchten, dass die Anregungen nicht ernst genommen werden.

Stadtrat Gericke fügt hinzu, dass lediglich machbare, sinnvolle Maßnahmen in den
TOP 5 Regionalverkehrsplan Region Stuttgart – Entwurf
vom 21.12.2016

Vorl.Nr. 158/17

- Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg im
Rahmen der Beteiligung der Kommunen und
Träger öffentlicher Belange
(Vorberatung)

Regionalverkehrsplan aufgenommen werden sollen.

BM Ilk teilt mit, dass die Verwaltung diese Maßnahme als wenig sinnvoll sehe.

Herr Kurt merkt weiter an, dass dieser Tunnel nicht favorisiert sei. Er befürchte, dass mehr Verkehr in die Stadt gebracht werde. Um den Verkehr nicht in die Stadt zu verlagern, solle der Ausbau der A 81 vorangetrieben werden.

BM Ilk lässt über den Antrag der CDU- Fraktion abstimmen. Dieser wird mit 8 Ja- Stimmen, 7 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Neckarbrücke

BM Ilk sieht die Maßnahme als sinnvoll. Allerdings sehe er hier eher eine lokale Maßnahme.

Stadtrat Noz begründet den Antrag. Der Fahrradweg könne mit dem Europäischen Fahrradweg verknüpft werden, somit sei dies für die Region bedeutsam. So können auch Fördergelder beantragt werden. Weiter sei dies eine Entlastung des Otto- Konz- Weges und des Freibades Hoheneck.

Stadtrat Gericke kann der Begründung seines Vorredners folgen. Der Neckarradweg sei ein Landesradweg. Er sehe hier ebenso die regionale Bedeutsamkeit.

Die Brücke über den Neckar sei die einzige Möglichkeit den Otto- Konz- Weg zu entlasten und eine Verbindung zum Freibad herzustellen, so Stadträtin Liepins. Sie könne dem Antrag zustimmen.

Sinnvoller und preisgünstiger sei der Bau eines Freibades an einer geeigneteren Stelle, so Stadträtin Burkhardt.

Stadtrat Juranek merkt an, dass der Bau eines Freibades sicherlich teurer käme.

BM Ilk lässt über den Antrag abstimmen. Dieser wird mit 14 Ja- Stimmen, 1 Nein- Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Untertunnelung

Stadtrat Noz erläutert den Grund des Antrages. Er stelle eine durchgängige Fahrradachse von Markgröningen über Möglingen nach Ludwigsburg und die Fortsetzung nach Oßweil dar. Dies sei regional bedeutsam, da es eine durchgängige Fahrradachse über Markgröningen, Marbach, Remseck darstelle.

Sinnvoll sehe Stadtrat Gericke die Maßnahme nur dann, wenn man dies als einen Radschnellweg West- Ost tituliere, ansonsten sehe er die Untertunnelung als innerörtliche Maßnahme.

Stadtrat Juranek schließt sich Stadtrat Gericke an. Die Planung eines Schnellweges müsse eingefordert werden. Einzelmaßnahmen aufzunehmen seien nicht sinnvoll.

BM Ilk stellt fest, dass eine Formulierung bezüglich der regionalen Bedeutsamkeit aufgenommen werden solle. Stadtrat Noz zeigt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

TOP 5

Regionalverkehrsplan Region Stuttgart – Entwurf
vom 21.12.2016

Vorl.Nr. 158/17

- Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg im
Rahmen der Beteiligung der Kommunen und
Träger öffentlicher Belange
(Vorberatung)

So lässt BM Ilk abstimmen mit der Maßgabe einer Formulierung bezüglich der regionalen Bedeutsamkeit. Der Antrag wird einstimmig mit 12 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Verlängerung der Eisenbahnstraße

Stadtrat Noz erinnert, dass dieses Thema vor vielen Jahren bereits im BTU diskutiert worden sei. Nachdem aufgrund neuer Arbeitsplätze eine Zusatzbelastung komme, brauche man dringend eine Entlastung der Solitudeallee und Hohenzollernstraße. Eine regionale Bedeutsamkeit sei gegeben, da die Verkehre von Kornwestheim betroffen seien.

Stadträtin Liepins teilt mit, dass bereits 2001 diesbezüglich eine Arbeitsgruppe getagt habe. Zum damaligen Zeitpunkt wollte Kornwestheim diese Straße nicht. Dieses Thema solle im Austausch mit Kornwestheim erfolgen. Aktuell interessiere sie, ob Kornwestheim ein Wohngebiet an dieser Stelle plane, dies habe sie gehört.

Stadtrat Gericke sehe dies nicht als regionalbedeutsame Maßnahme. Die Verwaltung solle mit Kornwestheim den Austausch suchen.

Stadtrat Noz unterstreicht nochmal, dass ihm die Aufnahme wichtig sei.

BM Ilk werde Kontakt zu Kornwestheim aufnehmen und vorab informieren.

Danach lässt er über den Antrag abstimmen. Dieser wird einstimmig mit 9 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

6.)

BM Ilk schlägt vor, die weiteren Maßnahmen en bloc abzustimmen. Zu diesen Maßnahmen seien keine Änderungswünsche eingegangen.

Stadtrat Noz habe noch zur Anlage 2 Nr.5 und 11a, sowie Nr.15 Anregungen. Er sehe, dass aus Kapazitätsgründen keine Umsetzung erfolgen könne. Er befürchte, dass für Ludwigsburg mehr Verkehr und es zu einer Zusatzbelastung kommen werde.

Stadtrat Gericke habe ebenso noch eine Anregung zur Maßnahme M 287 b. Hierzu wünsche man sich bei Eglosheim denselben Lärmschutz wie bei Sindelfingen/ Böblingen. Hier gebe es als Lärmschutz einen „Deckel“. In der Stellungnahme zu dieser Maßnahme solle dies aufgenommen werden. Die Kosten und Finanzierung des ÖPNV solle grundsätzlich diskutiert werden.

Stadträtin Liepins sehe dies ebenso. Zudem wolle sie zur Maßnahme M 84 anmerken, dass jeder Halt bei Wüstenrot unterstützt werde. Beim ÖPNV solle in einen verbesserten ÖPNV und ebenso in einen kostengünstigeren investiert werden. Weiter wolle sie den gestellten Antrag zum 1Euro Ticket ansprechen.

Hierzu merkt BM Ilk an, dass er bereits zu diesem Thema einen Termin mit der VVS habe.

Der „Deckel“ zur A 81 werde unterstützt, so Stadtrat Noz. Der S-Bahnhalt Kornwestheim stehe nicht zur Diskussion, dieser sei abgelehnt, da die Abstände der Haltestellen zu kurz seien. Die

TOP 5

Regionalverkehrsplan Region Stuttgart – Entwurf
vom 21.12.2016

Vorl.Nr. 158/17

- Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg im

Rahmen der Beteiligung der Kommunen und
Träger öffentlicher Belange
(Vorberatung)

Tickets für den ÖPNV sollen nicht teurer werden, eine Vergünstigung der Tickets sehe er nicht sinnvoll, da die Taktzeiten und die Zuglängen in der Hauptzeit ausgeschöpft seien. Die Bahntrasse Markgröningen – Ludwigsburg- Kornwestheim könne hier sicherlich Entlastung bringen.

BM Ilk nimmt die Anregungen zu Anlage 2 mit. Der Lärmschutz vorzugsweise als Deckel, sowie der Bahnhalt werde mit aufgenommen.

Danach lässt BM Ilk en bloc Ziffer 1 über die Maßnahmen in der Anlage 1 der Ursprungsvorlage über die vorab noch nicht gesondert abgestimmt wurde, sowie Ziffer 2 mit der Anlage 2 und Ziffer 3 abstimmen. Die Abstimmung erfolgt einstimmig mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen.

Die Abstimmungen erfolgen mit der Maßgabe der Einarbeitung der Änderungen in Anlage 1 und 2.

Stadtrat Gericke wolle nochmal festhalten, dass aus Sicht der Grünen- Fraktion der Nord- Ost- Ring im Gesamtmaß nicht unterstützt werden könne. Zudem wolle er wissen, wann die Machbarkeitsstudie Radschnellweg zur Beratung in den BTU komme.

BM Ilk antwortet, dass die Anregungen eingearbeitet werden und der Gemeinderat über dieses Thema abstimmen werde. Bezüglich der Machbarkeitsstudie werde ein Zwischenbericht erfolgen.

TOP 5.1	Regionalverkehrsplan Vorlage 158/17 - Antrag der CDU-Fraktion vom 05.05.2017	Vorl.Nr. 205/17
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:
Siehe TOP 5

TOP 5.2	Änderungen Stellungnahme Regionalverkehrsplan - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.05.2017	Vorl.Nr. 208/17
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:
Siehe TOP 5

TOP 5.3	Regionalverkehrsplan Region Stuttgart - Entwicklungsstrategie ÖPNV - Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 27.04.2017	Vorl.Nr. 218/17
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:
Siehe TOP 5

TOP 6	Transformation Weststadt	
-------	--------------------------	--

Beratungsverlauf:
Siehe TOP 6.1

TOP 6.1

ÖPNV: Umsetzung einer Verstärkerlinie in der
Groenerstraße

Vorl.Nr. 188/17

Beschluss:

1. Die ÖPNV-Anbindung des Gewerbegebietes Weststadt, nördlich der Schwieberdinger Straße, wird kurzfristig verbessert. Hierzu wird die Linie 420 montags bis freitags in der Hauptverkehrszeit (ca. 5:30 Uhr bis 8:30 Uhr und ca. 15:30 Uhr bis 18:30 Uhr) von der Haltestelle „Im Waldeck“(Asperg) bis zum ZOB Ludwigsburg verlängert.
2. Die Stadt wird hierfür ermächtigt, mit dem Verband Region Stuttgart, dem Landratsamt und den weiteren Beteiligten einen Verkehrsverbesserungsvertrag abzuschließen.
3. Die Laufzeit des Verkehrsverbesserungsvertrags soll zum 19. Juni 2017 beginnen. Sie endet zum 31.12.2017. Die Kosten betragen rund 60.000 Euro abzüglich Zuschüsse des Landkreises und zusätzlicher Fahrgeldeinnahmen, es verbleiben somit rund 40.000 Euro städtische Kosten für 2017. Über die Fortsetzung der Maßnahme wird im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2018 ff entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat T. Lutz

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft TOP 6 auf und teilt mit, dass zur Transformation Weststadt Herr Großmann (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung), zum ÖPNV Herr Scheuermann (Stabstelle ÖPNV), sowie Herr Raithel (FB Kunst und Kultur) zum Szenografiewettbewerb anhand einer Präsentation informieren werden. Diese liegt dieser Niederschrift bei.

BM Ilk dankt den Vortragenden und eröffnet die Aussprache.

Die Weststadt als Produktionsstandort im Wandel zum innovativen Standort habe eine Vorbildfunktion, so Stadtrat Noz. Es seien dort kreative und innovative Firmen ansässig. Max Maier konnte Bosch und Porsche mit vielen Arbeitsplätzen anbinden. Hieraus sei auch der Antrag des „Westexpresses“ entstanden. Dies sei ein Modell, bei dem die Stadt sowie die Firmen in Zusammenarbeit mit den Ludwigsburger Verkehrslinien eine schnelle Umsetzung zeigen können. Die Unternehmen sollten mit ins Boot genommen werden, so Noz. Eine Beschleunigung der Schwieberdingerstraße könne durch den „Grünen Pfeil“ erfolgen. Die Haltestellen können in den Buchten der Firmen angebracht werden. Es könne eine Ringlinie entstehen. Die Lösung der

TOP 6.1

ÖPNV: Umsetzung einer Verstärkerlinie in der
Groenerstraße

Vorl.Nr. 188/17

Verwaltung sei eine Verbesserung zum Ist- Zustand. Für ihn sei dies allerdings nur eine Übergangslösung. Er wolle darauf hinweisen, dass in diesem Gebiet eine Dynamik sei. Das Ziel sei dort eine Wertschöpfung zu schaffen wie auch Zukunftsorientierung, Flexibilität und Zweckmäßigkeit. Die Grönerstraße verkehrlich zu entlasten sehe er problematisch, da dies die einzige Straße sei, die nicht an einem Wohngebiet vorbeiführe. Ein Parkierungskonzept in der Weststadt sei nicht nötig. Hier reiche der Hinweis auf freie Parkplätze aus. Seine Fraktion wolle positiv begleiten und fordert die kreative Mitbegleitung des „Westexpresses“ durch die Verwaltung ein.

Stadtrat Braumann geht auf den Szenografiewettbewerb ein. Dies sei besser im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung einzubringen. Nachdem der Fahrplan stehe, solle eine Entscheidung aber nicht verzögert und heute im BTU beraten und beschlossen werden. Einen Vorgeschmack habe man durch die Raumwelten, die Raumblyse auf dem Akademiehof erhalten. Szenografie sei für den öffentlichen Raum ein Zukunftsthema. Städtebaulich müsse auf die neugeschaffenen Arbeitsplätze reagiert werden. Der Wettbewerb werde gerne unterstützt. Fragen habe er noch zur Zusammensetzung der Lenkungsgruppe und ob der Wettbewerb jährlich stattfinde.

Stadträtin Dr. Knoß zeigt sich freudig, dass viele ihrer eingebrachten Anregungen einbezogen werden. Die Anwohner hätten ein großes Interesse an einer hübschen, attraktiven Gestaltung. Die Fußwegeverbindungen sollen attraktiv gestaltet werden. Sie sehe es positiv, dass die Parkmöglichkeiten untersucht worden sei. Viele Parkplätze seien leer. Die Rheinlandstraße müsse ebenso betrachtet werden. Kleine, günstige Lösungen seien wünschenswert. Durch die Wegnahme der Straßenrandparkplätze in der Grönerstraße könne man eine Pedelec/ Fahrrad-Verbindung zum Bahnhof andenken. Ein separater Schulbus solle angedacht werden. Zur Ringbuslinie wolle sie anmerken, dass von den Anwohnern der Schwieberdingerstraße der Hinweis kam, dass Autofahrer zu schnell fahren. Hier könne man Blitzer, zur Sicherheit der Kinder, anbringen. Der Szenografiewettbewerb werde unterstützt.

Die Entwicklung in der Weststadt empfinde Stadträtin Liepins als toll und erfreulich. Ihre Fraktion unterstütze das Vorhaben. Sie könne bezüglich der Busverbindung dem Verwaltungsvorschlag zustimmen und freue sich über die schnelle Reaktion der Verwaltung. Dem Szenografiewettbewerb könne zugestimmt werden, allerdings halte sie die Finanzierung aus dem Bereich Grünflächen für falsch. Sie wolle anmerken, dass in der Weststadt keine Doppelstrategie zu verfolgen sei.

Stadtrat Rothacker kann den Maßnahmen zustimmen. Die Finanzierung solle so angenommen werden, soweit Mittel übrig seien.

Stadträtin Burkhardt sieht ein Problem in der Verbindung zwischen Wohnbebauung und Gewerbe. Da eine Verbesserung zu erreichen sehe sie positiv. Die Fußwege seien vorhanden und müssen lediglich in das Bewusstsein gebracht werden. Sie wolle die Bauwerke von Max Maier lobend erwähnen. Er habe sich um die Begrünung und die Lebensqualität in der Weststadt gekümmert. Die Verwaltung könne sich hiervon manches zum Vorbild nehmen. Bezüglich der Finanzierung des Szenografiewettbewerbes wolle sie sich Stadträtin Liepins anschließen. Sie stelle sich die Frage, wie im FB Grünflächen finanzielle Mittel übrig bleiben können. Sie wisse sofort, wo dieser Betrag eingesetzt werden könne. Grundsätzlich sehe sie die Maßnahme positiv. Den Busverkehr zu verbessern sehe sie ebenso positiv. Die Begrenzung auf 2017 finde sie gut, ebenso die Einbindung des Busunternehmens.

Herr Großmann geht auf die offenen Fragen ein. Die Ringbuslinie sei noch nicht abgeschlossen. Umgehend werde dies mit den Firmen in den Gesprächen diskutiert werden. Die Grönerstraße

TOP 6.1

ÖPNV: Umsetzung einer Verstärkerlinie in der
Grönerstraße

Vorl.Nr. 188/17

liege im Herzen des Gebietes und dort solle ein Bus eingesetzt werden. Die Grönerstraße solle nicht autofrei werden, es gehe hier um die Stellplätze. Es gebe eine interne Lenkungsgruppe, außerdem einen Innovationsstammtisch mit wechselnden Themen im Quartier mit den Unternehmen. Weiter führt Herr Scheuermann zum Thema Schülerverkehr aus, dass in künftiger Planung die Anmerkungen mitgenommen werden. Zum Wettbewerb teilt Herr Raithel mit, dass dieser jährlich angelegt sei. Frau Schmidtgen führt weiter aus, dass sie sich über die gute Zusammenarbeit unter den Fachbereichen freue. Die Freiflächen fallen in den Resort des Fachbereiches Grünflächen und somit können die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im Haushalt werden lediglich Kostenschätzungen eingebracht, so kann es sein, dass finanzielle Mittel übrig seien.

Stadtrat Noz wolle sich zur Untersuchung der Buslinie äußern. Die Schwieberdingerstraße sei bewusst eingebracht worden. Hier gebe es mehr Erschließungsmöglichkeiten. Mittelfristig könne hier eine BRT Linie umsetzbar sein.

Stadtrat Link will wissen, wie lange der Umbau der Schwieberdingerstraße dauere.

Über die Verkehrsführung in der Schwieberdingerstraße solle heute nicht diskutiert werden, da dies zeitlich den Rahmen sprengt. Zur Umsetzung des Szenografiewettbewerbes wolle Stadtrat Juranek wissen, ob dies nicht besser in den Fachbereich Hochbau gehöre. Er wundere sich über die Finanzierung durch den FB Tiefbau und wolle wissen, ob diese Finanzierung gedeckelt sei.

Stadträtin Burkhardt wünscht eine getrennte Abstimmung der Vorlage 192/17.

Herr Raithel geht auf die offenen Fragen ein. Es sei ein attraktiver breitgestreuter Wettbewerb. Er gehe davon aus, dass mit dem Kostenrahmen umgegangen werden kann. Es sei eine realistische Größe. Die Finanzierung sei gedeckelt. Die Realisierung sei auf Sommer 2018 vorgesehen.

Frau Schmidtgen teilt mit, dass die Schwieberdingerstraße bis Herbst 2017 fertig sei.

Im Anschluss lässt BM Ilk über die Vorlage 188/17 abstimmen.

Danach lässt er über die Vorlage 192/17 getrennt zu Ziffer 1 und 2 (siehe TOP 6.2) abstimmen.

TOP 6.1.1	Gewerbegebiet-West-Express - Interfraktioneller Antrag der Fraktionen: CDU, SPD, Freie Wähler und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.04.2017	Vorl.Nr. 160/17
-----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:
Siehe TOP 6.1

TOP 6.2	Genehmigung einer Zuwendung und überplanmäßiger Ausgabe zur Durchführung des	Vorl.Nr. 192/17
---------	---	-----------------

Beschluss:

1. Der Zuwendung in Höhe von 80.000 € an die Film- und Medienfestival gGmbH für die erstmalige Durchführung des Szenografiewettbewerbs "Ludwigswelten" im Transformationsgebiet Weststadt und einer entsprechenden überplanmäßigen Ausgabe wird zugestimmt.
2. Die Deckung erfolgt aus nicht verwendeten Mitteln des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen aus dem Haushaltsjahr 2016.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 11 Ja- Stimmen, 3 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Im Beratungsverlauf wird der Wunsch auf getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2 geäußert.

TOP 7

Neugestaltung der Oberen Reithausstraße
zwischen Hospital- und Körnerstraße -
Entwurfsbeschluss

Vorl.Nr. 179/17

Beschluss:

Der Entwurf des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 28.04.2017 zur Neugestaltung der Oberen Reithausstraße zwischen Hospital- und Körnerstraße wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 1 Nein- Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

BM Ilk ruft TOP 7 auf und gibt das Wort an Herrn Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) weiter. Herr Kurt informiert anhand einer Präsentation über den sanierungsbedürftigen Zustand der

Oberen Reithausstraße zwischen der Hospital- und Körnerstraße. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Eine Anliegerversammlung sei durchgeführt worden. Generell sei zu diesem Entwurf eine große Zustimmung gegeben worden. Der Wunsch sei eine Spielstraße. Im September könne mit der Baumaßnahme begonnen werden. Es sei eine kleine, aber für die Innenstadt wichtige Straße. Im Ausblick wolle er auf die Neugestaltung der Körnerstraße ab 2018 hinweisen.

BM Ilk dankt Herrn Kurt für die Ausführungen und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Gericke merkt an, dass die alten Randsteine toll seien und auch das Gesicht der Stadt prägen. Er empfinde es traurig, dass diese entnommen werden und hoffe auf Einsatz dieser Steine in einem anderen Bereich. Er sehe es aber in diesem Bereich für gewinnbringend, dass die Straße als eine Fläche gestaltet werde. Eine durchgehende Pflasterung des Gehweges im Osten würde er befürworten.

Stadtrat Juranek sieht hier eine sparsame, situationsbedingt angemessene Lösung. Man habe eine Asphaltfläche die mit Streifen durchzogen werde.

Für die Anwohner sei dies eine unzumutbare Situation mit den ständigen Baustellen, so Stadtrat Rothacker. Er bittet um eine einmalige Baustelle gemeinsam mit der Körnerstraße.

Kritisch äußert sich Stadträtin Burkhardt. Sie schätze die Arbeit des Planungsamtes. Ihr gefalle aber dieser Entwurf überhaupt nicht. Sie sehe keine Verbesserung. Sie befürchte, dass hier eine schnell befahrene Durchfahrtstraße entstehe. Die Straße gehöre zum Innenstadtbereich und hier sei dringend mehr Grün nötig. Sie könne der Vorlage nicht zustimmen. Sie bitte künftig bei Anwohnerbefragungen vorab eine Information zu erhalten.

Stadtrat Remmele merkt an, dass die Rinne so verlegt werden solle, dass diese nicht klappert.

Herr Kurt merkt an, dass Baumpflanzungen in dieser Straße aufgrund des Platzes und des Untergrundes nicht möglich seien. Zudem könne diese Straße aufgrund der Enge nicht schnell befahren werden. Bisher habe man den Anschluss an die bestehende Gestaltung gesucht. Er nehme die Anregung mit der Durchpflasterung sowie der Hinweis bezüglich der Rinne aber gerne mit. Die Vielzahl der Baustellen tue ihm leid. Er habe bei den Anwohnern den Eindruck, dass diese zufrieden seien, dass die Baumaßnahme jetzt komme.

Im Anschluss lässt BM Ilk über die Vorlage abstimmen.

Geänderte Beschlussempfehlung:

1. Die Schotterfläche südlich der Eissporthalle wird als Standort für die Oststadthalle gemäß der Anlage 1 und 2 vorgesehen.
2. Im Zuge des weiteren Planungsprozesses und unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Rahmenplanprozesses werden die Stellplätze (ca. 70-80) der Schotterfläche ~~durch eine Aufständigung der Oststadthalle erhalten oder durch eine Tiefgarage~~ kompensiert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die geänderte Beschlussempfehlung wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM Ilk gibt das Wort an Herrn Veselaj (FB Stadtplanung und Vermessung) weiter. Dieser geht auf die Chronologie ein und informiert anhand einer Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Die Stadtwerke hätten aktuell mitgeteilt, dass die Eissporthalle eine hohe Auslastung und eine gute bauliche Substanz habe. Die betrieblichen Ergebnisse bewegen sich in einem guten Spektrum. Die Lebensdauer werde auf 10 Jahre gesehen. Hierzu ging auch eine Anfrage von Stadtrat Kasdorf ein.

BM Ilk dankt Herrn Veselaj für die Ausführungen und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Gericke sieht die Planung als eine Aufwertung des gesamten Bereiches. Als problematisch sehe er die Erschließung der Parkierung. Fußläufig sehe er keine Problematik. Der bestehende Radweg dürfe bei Zu- und Abfahrten nicht tangiert werden. Ziffer 2 solle wie folgt ergänzt werden: " dabei wird der bestehende Radweg erhalten und in der Vorfahrt gegenüber den zu-/ abfahrenden PKW bevorrechtigt." Dies sei die Bedingung für die Erschließung der Oststadthalle von Seiten seiner Fraktion.

Eine Änderung der Vorlage sei nicht notwendig, da man momentan lediglich in der Vorplanungsphase sei und die Parkierung noch untersucht werde, meint Stadtrat Noz.

Der Standort der Sporthalle sei gut, meint Stadtrat Juranek. Allerdings gebe es die Einschränkung der Parkierung. Er gehe davon aus, dass der Berliner Platz in absehbarer Zeit umgestaltet werde. Eine Vergrößerung des Stadionbades sei absehbar. Die Parkierung sei ein großes Problem, er befürchte ein Parkchaos. Für das Ludwig- Jahn Stadion gebe es kaum Stellplätze. Das Thema Parkierung und Erschließung sei ein wichtiges Thema. Eine Tiefgarage stelle er sich nicht charmant vor. Die Ergebnisse der weiteren Planungen werden abgewartet.

Zudem wolle er wissen, wie die Verlegung des Spielplatzes und der Beach Volleyballplatz des MTV geplant seien.

TOP 8

Rahmenplanung Fuchshof
- Standortentscheidung zur Oststadthalle
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 163/17

Stadtrat Rothacker könne dem Standort ebenso zustimmen. Anstatt einer Tiefgarage solle ein begrüntes Parkhaus geplant werden.

Stadtrat Gericke merkt an, dass eine Erweiterung des Stadionbades dann nicht mehr möglich sei. Ziffer 1 könne zugestimmt werden. Ziffer 2 nur mit Aufnahme der Ergänzung.

Stadtrat Remmele wolle zur Parkierung noch hinweisen, dass für Ludwigsburg zukünftig Quartiersgaragen ein Thema seien. Ein schneller Abbau nach Gebrauchsende und die Freigabe der Flächen für Weiteres sehe er als sinnvoll.

Stadträtin Burkhardt merkt an, dass die Fläche immer enger werde. Erweiterungsflächen für Stadionbad und Eisbahn gebe es keine mehr. Sie habe sich eine Aufwertung des Berliner Platzes gewünscht, sehe dies momentan aber in ferner Zukunft. Die Problematik sehe sie darin, dass immer einzelne Bauwerke beschlossen werden und keine Gesamtplanung gemacht werde. Man enge dadurch weitere Baumaßnahmen ein. Das gesamte Verkehrskonzept für diese Fläche müsse vorab vorliegen, bevor Einzelmaßnahmen beschlossen werden. Sie werde sich heute bei der Abstimmung enthalten.

Stadtrat Gericke wolle nochmals anmerken, dass der Standort gut und eine Aufwertung sei. Er wolle dennoch wissen, wie die Parkierung erfolgen solle. Ebenso der Zu- und Abfahrtsverkehr und die Radwegeachse. Er wolle heute die Rahmenbedingungen hierzu erhalten.

BM Ilk weist darauf hin, dass heute lediglich die Standortfrage beschlossen werde. Im weiteren Planungsprozess müsse der Verkehr untersucht werden. Heute könne noch keine Detailaussage zum Radweg gemacht werden.

Stadtrat Gericke will, dass sein Ergänzungsvorschlag aufgenommen werde.

Stadtrat Noz macht den Vorschlag, dass der hintere Teil des Satzes bei Ziffer 2 „ durch eine Aufständigung der Oststadthalle erhalten oder durch eine Tiefgarage“ gestrichen werden solle.

BM Ilk merkt an, dass die Stellplätze irgendwo in diesem Bereich kompensiert werden sollen.

Stadtrat Gericke ergänzt hierzu, dass die Stellplätze nicht unbedingt in diesem Bereich sein müssen, aber fußläufig erreichbar.

BM Ilk stellt im Gremium eine Einigung über Änderung wie Stadtrat Noz vorgeschlagen fest und lässt die Vorlage mit der Änderung zu Ziffer 2 (wie eingefügt) abstimmen.